

Merkels schwerste Rede

Beim CDU-Bundesparteitag muss die Kanzlerin ihre Flüchtlingspolitik gegen Widerstände verteidigen

Von Hagen Strauß

Berlin (WB). Wer erwartet hat, dass der neue Kampfbegriff im Streit um die Flüchtlingspolitik vom Bundesvorstand der CDU aufgegriffen wird, sieht sich seit gestern enttäuscht. Für eine Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen plädiert die CDU-Führung in ihrem mit Spannung erwarteten Antrag an den Bundesparteitag nämlich nicht.

Die Vorsitzende Angela Merkel lehnt das Wort ab. Sie glaubt, dass eine Obergrenze praktisch nicht umzusetzen ist. Streit mit den Delegierten ist damit programmiert.

Der Konvent in Karlsruhe von Sonntag bis Dienstag wird spannend, obwohl keine Vorstandswahlen stattfinden. Ursprünglich sollte es um die interne und inhaltliche Modernisierung der Partei gehen. Jünger, bunter, vielfältiger will die CDU werden. Und teuer. So sollen Kreisverbände künftig pro Mitglied deutlich mehr an die Bundespartei bezahlen.

Doch das alles wird in den Hintergrund treten, weil die Flüchtlingskrise dominiert. Wegen der Brisanz wollten die CDU-Granden eigentlich erst ganz kurz vor Beginn die genaue Ausgestaltung des Antrages zur Flüchtlingspolitik beraten und beschließen. Seit gestern liegt der Leitantrag des CDU-Bundesvorstandes auf dem Tisch. Wer Angela Merkel zuletzt im Bundestag gehört hat, und wer die Beschlüsse der drei Parteivorsitzenden der schwarz-roten Koalition kennt, die kürzlich im Kanzleramt zur Asylpolitik gefasst wurden, fühlt sich bestätigt: Die Reduzierung des Flüchtlingsandrangs ja, aber die Obergrenze taucht nicht auf. Fluchtursachen

sollen stattdessen stärker bekämpft und die europaweite Verteilung der Flüchtlinge sichergestellt werden. Darüber hinaus nimmt das Thema Integration viel Raum ein: Die Union will sie fördern – und verpflichtend fordern, wie unter anderem der Landesverband Rheinland-Pfalz vorschlägt.

Dahinter soll sich der Parteitag dann möglichst geschlossen versammeln. Ob das gelingen wird, ist zumindest fraglich. So liegen auch Anträge vor, in denen deutlicher und forscher gefordert wird, dass der Umgang mit Flüchtlingen »nicht zu einem Verlust an realistischer Selbsteinschätzung« führen darf. Das sagt beispielsweise die Junge Union, die die Partei unbedingt auf eine Obergrenze einschwören will. Die Mittelstandsvereinigung MIT, die Frauen-Union sowie einige Landesverbände proben

ebenfalls den Widerstand gegen die Politik der Kanzlerin. Das hat Gründe. Erstens tickt die Basis oft anders als die Oberen in Berlin – schließlich muss sie vor Ort das ausbaden, was Merkel und ihre Getreuen in der Hauptstadt beschließen. Zweitens ist die Flüchtlingspolitik seit langem mal wieder ein Thema, bei dem viele CDU-Leute nicht wissen, ob sie sich an Merksels Seite positionieren sollen oder es nicht besser ist, sich dem großen Unbehagen an der Basis anzuschließen. Und drittens stehen am 12. März drei wichtige Landtagswahlen an. Sachsen-Anhalts CDU-Ministerpräsident Reiner Haseloff hat wenig Hoffnung auf einen Rückgang der Flüchtlingszahlen: »Eine schnelle Lösung wird es nicht geben. Solange wir unsere begrenzten Kapazitäten nicht benennen und die EU keine Verteilung beschließt, wird sich trotz mancher Schwankungen nur wenig verändern.«

Dann wäre da noch die CSU. Sie erhöht den Druck auf die Schwesterpartei und fordert, dass von Karlsruhe ein klares Signal der Begrenzung ausgehen müsse. Wenn sich auf europäischer Ebene bis Jahresende nichts tue, müsse eben national gehandelt werden, heißt es bei den Christsozialen. Auch CSU-Chef Horst Seehofer wird in Karlsruhe auftreten, was nach dem Eklat von München, als er Merkel auf dem CSU-Parteitag wie ein Schulmädchen behandelte, besonders interessant wird. Sollte der Bayer vehement eine Obergrenze fordern, wäre das ziemlich egal. Die Parteitage regie hat dafür gesorgt, dass Horst Seehofer erst dann spricht, wenn in der Flüchtlingsfrage schon alles beschlossen ist. So hat es die CSU mit Angela Merkel auch gemacht.



»Wir können nicht alle Menschen aufnehmen«

CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn will Flüchtlingsstrom begrenzen

Berlin (WB). Jens Spahn (35) ist Mitglied im CDU-Präsidium, Staatssekretär im Finanzministerium und gilt in der CDU als Talent für die Zukunft. Jetzt hat er eine Schriftensammlung mit dem Titel »Ins Offene« herausgegeben, in dem Kritiker von Angela Merks Flüchtlingspolitik zu Wort kommen. Darüber hat Andreas Schnadwinckel mit Jens Spahn gesprochen.

? In der CDU werden Sie für »Ins Offene« kritisiert, weil Sie der Kanzlerin damit schaden würden. Schaden Sie der Kanzlerin?

Jens Spahn: Nein, im Gegenteil. In dem Buch beschreiben 22 Autoren ihre Sicht auf die Chancen und Herausforderungen angesichts der großen Zahl an Flüchtlingen. Allen ging es darum, einen Schritt zurückzutreten und abseits des Alltags zu diskutieren, was das mit unserem Land macht. Umso breiter und ehrlicher wir diskutieren, desto mehr Menschen können wir mitnehmen. Das ist unser gemeinsames Interesse.

? Sind die offenen Worte der CDU-Autoren ein Zeichen dafür, dass die Kanzlerin an Rückhalt in ihrer eigenen Partei verloren hat?

Spahn: Um es ganz klar zu sagen: Angela Merkel arbeitet seit zehn Jahren hart dafür, dass es Deutschland gut geht. Und das soll auch so bleiben. Es ist aber doch ganz normal, dass es in einer Volkspartei wie der CDU unterschiedliche Blickwinkel gibt. Das halten wir aus.

? Sie fordern von Angela Merkel eine größere »Bereitschaft zur Härte«. Wie soll sich diese Härte ausdrücken?



Jens Spahn gehört in der Flüchtlingspolitik zu den Skeptikern.

Spahn: Die deutsche Gesellschaft muss sich da ehrlich machen. Alle sagen, wir müssten endlich mehr Abschiebungen durchsetzen, aber wenn es konkret wird und Familien gegen ihren Willen in den Flieger nach Hause gesetzt werden, dann ertragen viele die Bilder nicht. Das ist natürlich hart, aber ehrlich. Wir können nicht alle Menschen, die sich ein besseres Leben wünschen, hier aufnehmen.

? Warum sind es junge CDU-Politiker, die eine Wende in der Flüchtlingspolitik fordern?

Spahn: Wenn Hunderttausende Menschen in kurzer Zeit neu nach Deutschland kommen und zumindest eine gewisse Zeit bleiben werden, dann ist das eine Aufgabe von Jahren und Jahrzehnten. Das gelingt nur, wenn wir alte Fehler nicht wiederholen und sofort konsequent auf Integration setzen.

? Wie stark wird die Flüchtlingspolitik den Bundesparteitag bestimmen?

Spahn: Am Ende sollte das Signal stehen, dass wir gemeinsam und auf allen Ebenen an einer Begrenzung der Flüchtlingszahlen arbeiten. Denn sonst überfordern wir uns, und auch Integration kann dann nicht gelingen.

»Wir brauchen eine Atempause«

Ein Gastbeitrag von Carsten Linnemann

Paderborn (WB). Der CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann aus Paderborn setzt sich kritisch mit der Flüchtlingspolitik auseinander. Sein Gastbeitrag ist ein Auszug aus dem Buch »Ins Offene«.

»Die Flüchtlingsdebatte nimmt absurde Züge an. Sie pendelt zwischen Luftballons und Stachelndraht. Entsprechend gereizt ist die Stimmung in der Gesellschaft. Auch deswegen, weil sich viele Menschen nicht mehr trauen, ihre Meinung zu artikulieren. Weil sie Angst haben, dass sie etwas Falsches sagen und in die rechte Ecke gestellt werden könnten.

Von einer offenen Debatte, die Ausdruck einer freiheitlichen Gesellschaft ist, sind wir entfernter denn je. Zum Schaden unserer Demokratie, denn extreme Kräfte bekommen in einem solchen Klima leicht Oberwasser. Umso wichtiger ist es, dass die Politik die Probleme offen anspricht und nichts schönredet.

Aber das gilt nicht nur für die Politik. So haben sich einzelne Persönlichkeiten aus der Wirtschaft nicht mit Ruhm bekleckert, als sie den Eindruck erweckten, dass

Flüchtlinge die Fachkräftelücke schließen könnten. Ein Blick auf die Fakten entlarvt solches Reden als Wunschtraum: Die überragende Mehrheit der Flüchtlinge beherrscht unsere Sprache nicht, berufliche Qualifikationen fehlen. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist das A und O. Aber sie ist eben nicht zum Nulltarif zu haben.

Das wissen nicht zuletzt auch die freiwilligen Helfer, ohne deren Engagement das staatliche System bereits kollabiert wäre. Von ihnen



Carsten Linnemann ist CDU-Bundestagsabgeordneter.

Aus dem Leitantrag

Die CDU-Spitze will sich beim Bundesparteitag von Sonntag bis Dienstag in Karlsruhe weiterhin nicht auf eine Obergrenze für die Zahl der Flüchtlinge festlegen. Im Entwurf für einen Leitantrag des Vorstands zu Terror, Sicherheit, Flucht und Integration listen die Christdemokraten 16 Grundsätze und Forderungen zur Integration sowie 21 sicherheitspolitische Maßnahmen auf. Hier die Kernpunkte des Leitantrags:

– Die von CSU und Junger Union verlangte Obergrenze bei der Flüchtlingszahl taucht nicht auf, stattdessen die »Vereinbarung eines legalen Flüchtlingskontingents für die EU insgesamt«.

– Die CDU dringt auf ein einheitliches europäisches Asylsystem. Dazu gehören europaweit ähnliche Entscheidungsmaßstäbe.

– Der Familiennachzug für Flüchtlinge mit einem geringeren Schutzstatus soll nach dem Willen der CDU für zwei Jahre ausgesetzt werden.

– Migranten sollen per Gesetz zur Integration verpflichtet werden. Wer auf Dauer nicht mitmacht, dem sollen Leistungen gekürzt werden können.

– Die Zahl der Integrationskurse soll 2016 verdoppelt werden.

– Nach dem Vorbild von Mehrgenerationenhäusern soll ein flächen-deckendes Netz an Integrationshäusern entstehen. Sie sollen Dreh- und Angelpunkt für alle entsprechenden Fragen werden, von den Sprachkursen bis zum Arbeitsmarkt. Die Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge in den Ländern soll »mit kritischem Blick« begleitet werden.

– Die demokratische, offene und tolerante deutsche Staats- und Gesellschaftsordnung wird als Leitkultur benannt. »Religiöse »Gesetze« wie die Scharia haben in unserem Land keine Geltung«, heißt es im Entwurf. Eine Vollverschleierung von Frauen in der Öffentlichkeit, etwa durch Burkas, wird abgelehnt.

– Abgelehnte Asylbewerber sollen »zügig zurückgeführt« werden.

– Der derzeit nicht gewährleistete Schutz der EU-Außengrenzen solle auch dadurch wiederhergestellt werden, dass die Grenzschutzagentur Frontex zu einer europäischen Küstenwache ausgebaut wird.

– Um zu verhindern, dass Terroristen mit dem Flüchtlingsstrom nach Deutschland kommen, soll es wieder bei jedem Asylbewerber eine Anhörung geben. Damit soll dessen Identität festgestellt und eine Sicherheitsüberprüfung möglich werden.

– Bei besonders schweren Gefährdungslagen soll es elektronische Fußfesseln für polizeibekannt gefährliche Islamisten geben.